

Das dauert viel zu lange

Autobahnausbau: „Quer durch Wald und Wiese“, FR-Forum vom 20. Juni

Im Koalitionsvertrag hat die Ampel festgelegt, dass ein neuer Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrsweegen angestrebt wird. Dazu soll parallel zur laufenden Bedarfsplanungüberprüfung ein Dialogprozess mit allen betroffenen Interessenverbänden mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans gestartet werden. Auf der Basis neuer Kriterien soll ein neuer Bundesverkehrswegeplan und -mobilitätsplan auf den Weg gebracht werden.

Die Bedarfsplanüberprüfung hat 2018 begonnen und soll 2023 abgeschlossen werden. Bereits dieser Prozess dauert viel zu lange. Zu einem neuen Infrastrukturkonsens hört man bisher nichts aus dem Wissing-Ministerium. Dies wäre aber dringend notwendig, um den Aktionen auf den Straßen für einen sofortigen Stopp von Projekten des Bundesverkehrswegeplanes eine Alternative entgegenzusetzen.“

Klaus-Peter Güttler, Idstein

Wie Respekt verloren ging

Zu: „Wiesbadener Polizeichef wechselt nach Frankfurt“, FR-Region vom 29.6.

Stefan Müller soll Polizeipräsident in Frankfurt werden und forderte zuletzt, die Polizei benötige „wieder mehr Wertschätzung und Respekt“.

Wenn er genau wissen will, warum und wie die Polizei Vertrauen, Wertschätzung und Respekt verloren hat, muss er nur die derzeitige Ausstellung „Three doors“ im Frankfurter Kunstverein besuchen. Dort haben forensisch arbeitende Künstler nicht nur in akribischen Nachforschungen und Nachstellungen die Lügen, fehlenden und fehlerhaften Ermittlungen der Polizei bei den neun Morden in Hanau entlarvt und dargestellt, sondern auch Betroffene kommen zu Wort und schildern ihre Behandlung durch die Polizei.

Annette Müller, Frankfurt

Hinreichend unabhängig

Zu: „Ditib-Unterricht künftig unter Aufsicht“, FR-Region vom 30. Juni

Der hessische Kultusminister Lorz (CDU) hat „unverändert Zweifel, ob Ditib Hessen hinreichend unabhängig vom türkischen Staat“ sei. Das kann man so sehen. Aber hat sich schon einmal jemand mit der Frage näher befasst, ob der katholische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen „hinreichend unabhängig“ vom vatikanischen Staat ist? Wolfram Siegel, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220711

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik präsentiert sein Buch „Heile und herrsche. Eine gesundheitspolitische Tragödie“ im Autorenforum der Pforzheimer Zeitung. Nach der Lesung gibt es eine Diskussion. Eintritt 10,50 Euro. Reservierung unter 07231-933125 oder online unter www.pz-forum.de.

Donnerstag, 14. Juli, 19 Uhr
PZ-Forum, Ecke Post-/Luisenstraße, Pforzheim

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Zwei Jahre nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“. Auf dem Podium diskutieren Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), der Fraktionschef der Grünen im hessischen Landtag, Mathias Wagner, Armin Kurtović, Vater des ermordeten Hamza Kurtović, und Newroz Duman von der Initiative 19. Februar Hanau. Stream auf fr.de/eventvideo
Freitag, 15. Juli 2022, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Der wohlfeile Chor der Vorverurteilungen

Zu: „Feldmanns Erbe“ und „Nicht nur Erleichterung über Feldmanns Erklärung“, FR-Meinung und -Region vom 6. Juli,

Es wird Zeit, dass Feldmann geht

Es ist richtig, Herr Feldmann hat auf der „Ausgabenseite“ gewirkt. Hierzu gehört auch der Verlust der IAA und namhafter Industrieunternehmen (z.B. Samson), die ins Umland gegangen sind oder gehen. Wo ist aber eine positive, für die Stadt werthaltige Leistung? Nichts! Es wird Zeit, dass dieser Bürgermeister geht. Warum erst im Januar? Er könnte sofort, aber es gibt aus seiner Sicht Gründe, die ihm Vorteile bieten. Dies sollte offengelegt werden. Ein Anfang für neue Möglichkeiten ist aber gemacht.

Wolfgang Brillisauer, Hofheim

Der OB hat große Verdienste um Frankfurt erworben

Die Klarstellungen des amtierenden AWO-Chefs, Steffen Krollmann, widersprechen diametral den Behauptungen der Staatsanwaltschaft, wonach OB Feldmann dem Sozialverband gegen Spenden Vorteile gewährt haben soll. Noch vor Beginn des Prozesses ein Vorgeschmack darauf, wie dürftig die Beweislage gegen den OB tatsächlich sein könnte. Der Linken-Vorsitzenden Dominike Pauli gebührt daher Respekt dafür, dass sie aus-

drücklich nicht in den wohlfeilen Chor der Vorverurteilenden einstimmt. Peter Feldmann hat sich große Verdienste um Frankfurt erworben, und auch für ihn gilt in erster Linie die Unschuldvermutung. Da wird sich am Ende womöglich so mancher entschuldigen müssen.

Johannes Pantel, Darmstadt

Das Prozedere erinnert an eine Hexenjagd

Viel Lärm um nichts, denn in der AWO-Affäre gibt es nichts Neues. Und dass sich Peter Feldmann bei der Europapokalfeier unvernünftig mitreißen ließ, wie auch viele andere Fans, die mitten in der Menge Bengalos abgefeuert haben, war unschön, aber doch kein Rücktrittsgrund. Die Frage aber, ob der OB sexistisch reagiert hat oder ob Airlines wie die Lufthansa weiterhin ihr weibliches Personal nach sexistischen Kriterien auswählen, um genau solche Reaktionen bei Männern auszulösen, muss erlaubt sein! Wäre es nicht viel wichtiger, endlich damit aufzuhören, Frauen nach ihrem Aussehen und erst nachrangig nach ihren Fähigkeiten einzustellen?

Das ganze Prozedere erinnert mich an eine Hexenjagd: Reicht

der eine Vorwurf nicht, wird ein anderer konstruiert.

Friedhilde Scholl, Frankfurt

Große Affären sehen anders aus

Unser Noch-OB hat sich zweifellos sehr unglücklich benommen. Große Affären sehen aber anders aus. Der finanzielle Schaden für Stadt und Land hält sich in Grenzen. Die Reputation des Amtes allerdings hat einiges gelitten. Dankbar bin ich ihm für die Kitapolitik und mehr noch als Rentner für das Tagesticket Frankfurt und die Einführung der Seniorentickets.

Aber erinnern wir uns, bei der CDU gab es ein ganz anderes Kaliber: Roland Koch mit seinen Affären. Stolz kann man darauf nicht sein, (Ver-) Schweigen scheint notwendig. Deshalb ist ein Nachruf auf die Leistungen dieses Spitzenpolitikers angebracht, zumal ihm die Verdienstmedaille unseres Bundeslandes, die Wilhelm-Leuschner-Medaille, verliehen wurde. Hoffentlich in einer Spezialausgabe aus rostigem Blech. Wir sind ihm ja so dankbar! Nur zur Erinnerung: Schwarzgeld-Affäre, Steuerfahnder-Affäre, Fraport-Desaster, Stimmenkauf-Affäre. Beeindruckend! Rolfrüdiger Traub, Frankfurt

Baumfällungen mit Duldung durch Grüne

Zu: „Verkehrswende stockt“, FR-Region vom 24. Juni

Meine Zweifel an der Intelligenz der Verantwortlichen in der Politik wachsen ständig. Weltweit rufen sie nach Maßnahmen gegen den Klimawandel; hervorgehoben wird die Bedeutung der Wälder bzw. von Bäumen und Sträuchern. Wie sieht beispielsweise die Realität in Hessen aus? In Frankfurt fallen der Erweiterung der A661 große Grünflächen zum Opfer, im Zuge des Riederwaldtunnels wird es massive Eingriffe in den Fechenhei-

mer Wald geben. In der Stadt selbst werden Bäume gefällt, um Büro- und Wohngebäude zu errichten getreu dem Motto „Baurecht geht vor Baumrecht“.

Nach einem Bericht in der FR (25. April) wurde in Darmstadt durch einen landeseigenen Betrieb (LBH) ein Drittel des Baumbestandes des historischen Akaziengartens (243 Bäume) gefällt. Von der Durchsetzung von Ersatzpflanzungen für 75 Bäume konnte sich das LBHI freikaufen.

In Bad Vilbel verschwanden große Teile des herrlichen Kurparks, um Platz für einen riesigen Hotelkomplex zu schaffen.

Wenn weiterhin unsere grünen Sauerstofflieferanten verschwinden, werden alle weiteren Maßnahmen zum Schutze des Klimas im Sand verlaufen. Ich möchte betonen: Alles geschieht mit der Duldung eines grünen stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Manfred Christmann, Frankfurt

Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Darmstadt, Frankfurt: „Klinikpersonal fordert Entlastung“, FR-Region vom 25. Juni

Alle, die sich an der Demonstration am 25.6. beteiligten, engagieren sich für das Wohlergehen der Gesellschaft. Dies gilt auch für Pflegekräfte der sechs Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen, die seit Anfang Mai für einen „Tarifvertrag Entlastung“ streiken. Dabei geht es nicht nur um mehr Freizeit. Es geht vor allem um eine bessere Versorgung der Patient:innen. Langjährige Pflegefachkräfte sehen die Patient:innensicherheit durch nicht mehr gewährleistet.

30 Prozent der Auszubildenden in der Krankenpflege brechen die Ausbildung ab. Andere, die die Ausbildung absolviert haben, halten nicht bis zur Rente durch. Fast drei Fünftel der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit oder sind geringfügig beschäf-

tigt. Viele geben an, der Beruf werde ihnen sonst zu viel. Häufiger Schichtdienst erschwert die Balance zwischen Beruf und Privatleben. Dazu kommen viele Überstunden (im Jahr 2016 9,5 Millionen, davon ein Drittel unbezahlt). Eine Pflegefachkraft versorgt in Deutschland 13 Patient:innen. In den Niederlanden sind es 6,9, in den USA 5,3 pro Pflegefachkraft.

Pflegefachkraft zu sein, bedeutet, konstant unter hohem Zeitdruck einen physisch und psychisch anstrengenden Job zu verrichten und dafür unterdurchschnittlich bezahlt zu werden. Zum Notstand beigetragen hat die „Durchökonomisierung der Medizin“ (Giovanni Maio, Medizinerethiker, 2019). Die Privatisierung des Gesundheitswesens führte zu

enormem Kostendruck. DRG-Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups) sind seit 2004 verpflichtend. Gibt ein Krankenhaus mehr Geld aus für mehr Ärzte und Geräte, bedeutet das mehr Umsatz. Gibt ein Krankenhaus mehr Geld aus für Pflege, bedeutet das nur mehr Kosten. Allein durch diese Maßnahme haben wir bis zu 80000 Pflegekräfte verloren, sagte Karl Lauterbach im ZDF.

Die herrschende Notlage darf nicht länger auf dem Rücken der Pflegefachkräfte ausgetragen werden. Klatschen und Kekse sind zu wenig. Es reicht auch nicht, den Lohn tariflich abzuschern. Jetzt müssen sich die Arbeitsbedingungen ändern. Profit und Patient:innenwohl schließen sich gegenseitig aus.

Daisy Schütz, Darmstadt